

Brandenburger Modellflugverein e.V.

Satzung

§ 1

Name, Sitz und Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Brandenburger Modellflugverein“ e.V.
2. Der Verein hat den Sitz in Bad Belzig – OT Ragösen.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
4. Der Verein kann Mitglied von Dachverbänden sein.

§ 2

Eintragung in das Vereinsregister

Der Verein ist seit dem 08.09.1998 unter der Nr. VR 3259 P im Vereinsregister des Amtsgerichts Potsdam eingetragen.

§ 3

Zweck des Vereins

1. Der Verein dient der Wahrung, Pflege, Förderung und Ausübung des Flugmodellbaus und des Modellflugsport auf der Grundlage von Vertrauen, Hilfsbereitschaft und Kameradschaft.

Der Verein ist politisch und konfessionell neutral.

2. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
3. Der Zweck des Vereins wird u.a. durch die Errichtung und Unterhaltung eines Modellflugplatzes in der Umgebung Brandenburgs und dem Betrieb des allgemeinen und wettbewerbsmäßigen Modellflugs verfolgt.
4. Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
5. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mittel des Vereins. Ausnahmen hiervon sind Aufwandsentschädigungen für besondere Leistungen, die der vorherigen Zustimmung der Mitgliederversammlung bedürfen. Es darf darüber hinaus keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.

§ 4

Erwerb der Mitgliedschaft

1. Dem Verein gehören ordentliche (aktive) Mitglieder, fördernde Mitglieder und Ehrenmitglieder an.
2. Ordentliches Mitglied kann jede natürliche Person werden. Förderndes Mitglied kann auch eine juristische Person werden.
3. Die Mitgliedschaft wird beantragt durch Übergabe der unterzeichneten Beitrittserklärung an den Verein und Anerkennung der Satzung. Minderjährige bedürfen zur Wirksamkeit des Aufnahmeantrags der schriftlichen Zustimmung des gesetzlichen Vertreters.
4. Die Beitrittserklärung ist schriftlich an den Vorstand zu richten. Die Aufnahme als Mitglied erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung. Es ist eine 2/3 Mehrheit notwendig.
5. Ein Anspruch auf Aufnahme als Mitglied besteht nicht.

§ 5

Austritt der Mitglieder

1. Die Mitglieder sind zum Austritt aus dem Verein berechtigt. Die Austrittserklärung Minderjähriger bedarf der schriftlichen Zustimmung der gesetzlichen Vertreter.
2. Der Austritt ist mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Ende des Geschäftsjahres zulässig. Mit Ablauf der Kündigungsfrist endet die Mitgliedschaft.
3. Der Austritt ist dem Vorstand schriftlich zu erklären.

§ 6

Ausschluss der Mitglieder

1. Die Mitgliedschaft endet außerdem durch Ausschluss.
2. Der Ausschluss aus dem Verein ist nur bei wichtigem Grund zulässig. Als wichtiger Grund gilt schwerster oder dauerhafter Verstoß gegen die Satzung des Vereins oder erhebliche Schädigungen des Vereinsansehens.
3. Jedes aktive Mitglied ist berechtigt, einen Ausschlussantrag unter Benennung der Gründe an den Vorstand zu richten.
4. Über den Ausschluss entscheidet die Mitgliederversammlung auf der dem Antrag folgenden Hauptversammlung.
5. Der Vorstand hat das auszuschließende Mitglied mindestens zwei Wochen vor Beschlussfassung über den Antrag zu informieren.
6. Das auszuschließende Mitglied hat das Recht auf eine schriftliche Stellungnahme oder auf persönliche Teilnahme an der über den Ausschluss entscheidenden Sitzung mit Ausnahme der eigentlichen Abstimmung.

7. Der Ausschluss ist dem ausgeschlossenen Mitglied mittels eingeschriebenen Briefs bekannt zu geben.
8. Der Ausschluss wird vierzehn Tage nach Erhalt des eingeschriebenen Briefes wirksam.
9. Gegen den Beschluss über den Ausschluss ist innerhalb von vierzehn Tagen nach Erhalt des eingeschriebenen Briefes schriftlich Widerspruch zulässig. Maßgeblich für die Fristwahrung ist der Zugang des Widerspruchs an ein Vorstandsmitglied. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung, jedoch ruhen bis zur Entscheidung über den Widerspruch die Mitgliedschaftsrechte. Über den Widerspruch entscheidet die nächste ordentliche Mitgliederversammlung. Abs. 6 gilt hierbei entsprechend. Der erneute Beschluss der Mitgliederversammlung ist sofort wirksam und nicht anfechtbar.

§ 7

Aufnahmegebühr und Mitgliedsbeitrag

1. Jedes ordentliche Mitglied hat eine Aufnahmegebühr zu entrichten, die innerhalb von vier Wochen nach Zugang der Aufnahmebestätigung fällig wird.
2. Jedes ordentliche und jedes fördernde Mitglied hat einen Mitgliedsbeitrag zu entrichten. Der Mitgliedsbeitrag ist jährlich zahlbar und wird bis zum 15. Januar eines jeden Geschäftsjahres fällig.
3. Die Höhe der Aufnahmegebühr und des Mitgliedsbeitrags legt die Mitgliederversammlung fest. Die Höhe dieser Gebühren und Beiträge sind in einer gesonderten Beitragssatzung festzuhalten.

§ 8

Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

1. der Vorstand
2. die Rechnungsprüfer
3. die Mitgliederversammlung

§ 9

Vorstand

1. Der Vorstand ist Vorstand iSv § 26 BGB. Er besteht aus drei Mitgliedern, dem Vorsitzenden, dem Geschäftsführer und dem Kassenwart.
2. Zum Vorstand können nur ordentliche (aktive) natürliche vollgeschäftsfähige Personen gewählt werden.
3. Der Vorstand wird durch die Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren bestellt. Er bleibt bis zur satzungsmäßigen Bestellung des nächsten Vorstandes im Amt.

4. Das Amt eines Mitglieds des Vorstandes endet:
 - a. durch Widerruf der Bestellung durch die Mitgliederversammlung. Der Widerruf ist zulässig, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.
 - b. durch Tod
 - c. durch Austritt aus dem Verein
 - d. durch Ausschluss aus dem Verein
 - e. durch fehlende Entlastung durch die Mitgliederversammlung
 - f. durch schriftliche Niederlegung, die jederzeit möglich ist.
5. Die Aufgaben des ausgeschiedenen Vorstandsmitglieds werden bis zur Neuwahl für dieses Amt von den noch verbliebenen Vorstandsmitgliedern wahrgenommen.

§ 10

Befugnisse des Vorstands

1. Befugnisse des Vorstands sind:
 - a. die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Vereins
 - b. die allgemeine Geschäftsführung des Vereins
 - c. die Einberufung und Leitung der Mitgliederversammlung
 - d. die Durchführung der Weisungen der Mitgliederversammlung
 - e. Erstellung und Vorlage eines Jahresberichts an die Mitgliederversammlung
 - f. Einsatz von Vereinsstrafen gem. §§ 14 Abs. 2 Buchst. a und b dieser Satzung.
2. Je zwei Mitglieder des Vorstands vertreten den Verein gemeinschaftlich.

§ 11

Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist oberstes Organ des Vereins. Der Vorstand ist an ihre Weisungen gebunden.
2. Die Befugnisse der Mitgliederversammlung sind insbesondere:
 - a. Bestellung und Widerruf der Bestellung des Vorstands und der Rechnungsprüfer
 - b. Satzungsänderungen
 - c. Beaufsichtigung und Entlastung des Vorstands
 - d. Erteilung von Weisungen an den Vorstand
 - e. Festsetzung von Mitgliedsbeiträgen und der Aufnahmegebühr

- f. Entscheidungen über wichtige Angelegenheiten, die der Vorstand zu seiner Absicherung der Mitgliederversammlung vorlegt
 - g. Entscheidung über Vereinsausschluss und Widersprüche gegen Vereinsstrafen
 - h. Entscheidung über die Aufnahme neuer Mitglieder in geheimer Abstimmung (2/3 Mehrheit)
 - i. Änderung des Vereinszwecks und Auflösung oder Liquidation des Vereins
 - j. Ernennung von Ehrenmitgliedern
 - k. Entscheidung über Mitgliedschaft in einem Verband.
3. Die Mitgliederversammlung ist zu berufen
- a. wenn es das Interesse des Vereins erfordert, jedoch mindestens:
 - b. einmal jährlich, möglichst in den ersten drei Monaten des Kalenderjahres (ordentliche Mitgliederversammlung)
 - c. bei Ausscheiden eines Mitglieds des Vorstands binnen zwei Monaten
 - d. wenn ein Drittel der Mitglieder die Berufung schriftlich unter der Angabe des Zwecks der Versammlung (Tagesordnung) und der Gründe für die Dringlichkeit verlangt.
4. Die Mitgliederversammlung ist vom Vorstand schriftlich unter Einhaltung einer Frist von vierzehn Tagen zu berufen. Die Frist ist gewahrt mit der Absendung der Einladung an die letzte bekannte Mitgliederadresse. Die Berufung der Versammlung muss den Gegenstand der Beschlussfassung (Tagesordnung) bezeichnen.
5. Die Mitglieder haben jederzeit das Recht, Anträge zur Tagesordnung und Sachanträge zu stellen. Betreffen Sachanträge die Beschlusszuständigkeit des Vorstands, so ist über diesen Antrag in der nächstfolgenden Vorstandssitzung zu entscheiden. Das Ergebnis der Entscheidung ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen. Betreffen Sachanträge die Entscheidungsbefugnisse der Mitgliederversammlung, so sind derartige Sachanträge durch den Vorstand in die Einberufung der nächstmöglichen Mitgliederversammlung aufzunehmen.

§ 12

Beschlussfähigkeit, Stimmrecht

1. Beschlussfähig ist jede ordnungsgemäß berufene Mitgliederversammlung.
2. Zur Beschlussfassung über die Auflösung und Zweckänderung des Vereins ist die Anwesenheit von drei Viertel der stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.
3. Ist eine Mitgliederversammlung nach Abs. 2 nicht beschlussfähig, so ist vor Ablauf von vier Wochen seit dem Versammlungstag eine weitere Mitgliederversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Die weitere Versammlung darf frühestens einen Monat nach dem ersten Versammlungstag stattfinden, hat aber jedenfalls spätestens vier Monate nach diesem Zeitpunkt zu erfolgen.

4. Die erneute Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Die Einladung zu der erneuten Versammlung hat einen Hinweis auf die erleichterte Beschlussfassung nach Abs. 3 zu enthalten.
5. Stimmberechtigt sind ausschließlich alle ordentliche Mitglieder, lediglich fördernde Mitglieder oder Ehrenmitglieder haben kein Stimmrecht.

§ 13

Abstimmung in der Mitgliederversammlung

1. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder durch Handzeichen, soweit in dieser Satzung nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.
2. Zu einem Beschluss über die Zugehörigkeit zu einem Fachverband, die Aufnahme eines neuen Mitglieds, den Ausschluss eines Mitglieds oder die Änderung der Satzung ist eine Mehrheit von zwei Drittel der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.
3. Zu einem Beschluss über die Änderung des Vereinszwecks und die Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von drei Viertel der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.
4. Die Abstimmung über die Aufnahme oder Ausschluss eines ordentlichen (aktiven) Mitgliedes erfolgt immer schriftlich und geheim.
5. Auf Antrag von mindestens fünf der stimmberechtigten Mitglieder sind auch sonstige Abstimmungen schriftlich und geheim vorzunehmen.
6. Bei der Ermittlung des Stimmresultates sind nur die gültigen Ja- und -Nein – Stimmen heranzuziehen. Enthaltungen und ungültige Stimmen sind bei der Mehrheitsberechnung nicht zu berücksichtigen.
7. Über die in der Versammlung gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden der Versammlung und dem Schriftführer zu unterschreiben. Jedes ordentliche (aktive) Mitglied ist berechtigt, die Niederschrift einzusehen.

§ 14

Vereinsstrafen

1. Die Bestrafung eines Mitglieds ist zulässig:
 - a. bei schwersten oder dauerhaftem Verstoß gegen die Satzung
 - b. bei erheblichen standeswidrigem Verhalten
 - c. bei erheblicher Schädigung des Vereinssehens.
2. Als Vereinsstrafen sind zulässig:
 - a. Ermahnung oder Verwarnung

- b. zeitweiliger Ausschluss von der Benutzung der Vereinseinrichtungen auf die Dauer von höchstens vier Wochen
 - c. Ausschluss aus dem Verein.
3. Über die Vereinsstrafen nach Abs. 2 a und b entscheidet der Vorstand, über den Vereinsausschluss und über die Entscheidung von Widersprüchen entscheidet die Mitgliederversammlung.

§ 15

Rechnungsprüfer

1. Die Mitgliederversammlung wählt zwei Rechnungsprüfer.
2. Die Rechnungsprüfer haben insbesondere die Jahresabrechnung zu prüfen. Kasse und Geschäftsbücher sind mit Belegen den Rechnungsprüfern und der Mitgliederversammlung vorzulegen.
3. Über jede Kassenprüfung ist eine Niederschrift anzufertigen. Das Ergebnis der Prüfung ist der Mitgliederversammlung bekannt zu geben.

§ 16

Auflösung des Vereins oder Liquidation

1. Der Verein kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgelöst oder liquidiert werden (§§ 11 Abs. 2 Buchst. i).
2. Die Liquidation des Vereins erfolgt durch den Vorstand, sofern die Mitgliederversammlung nicht anderweitige Liquidatoren bestimmt.
3. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Gemeinde 14822 Planebruch OT Damelang, die unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

§ 17

Inkrafttreten der Satzung und Beschlüsse

1. Die Satzung in der durch die Mitglieder zugestimmten Fassung tritt nach Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.
2. Sonstige Beschlüsse treten mit Ermittlung des Abstimmungsergebnisses in Kraft, es sei denn, im Beschluss selbst ist etwas anderes bestimmt.

Im Original gezeichnet

Der Vorstand

Bad Belzig, 14.05.2011